

Die Situation in Hamburg: Während der Senat einerseits die jährlich 500 Mio. Euro mehr an Steuereinnahmen und sogenannte Haushaltsreste z.B. in die Elbphilharmonie, die HSH Nordbank oder in den Ausgleich der Defizite der Internationalen Gartenschau schiebt wird andererseits die Entwicklung eines sozialen Gemeinwesens ausgebremst. Gleichzeitig werden den öffentlichen Einrichtungen seit Jahren bei steigenden Aufgaben die Budgets gekürzt, was zu einer dramatischen Standardabsenkung führt. Die Politik der Schuldenbremse soll diese Entwicklung nun bis 2020 noch einmal drastisch beschleunigen.

Ist der „Rotstift“ alternativlos? Nein! Schuldenbremse knacken - Krisenlösung von unten!
Geld ist genug da. Wir müssen es aber anders verteilen. Eine der Aufgaben, die die aktuelle Krisensituation an uns stellt, ist es herrschende Politik der Verhinderung zu durchbrechen.



Einzelne Tarifikämpfe (z.B. im Öffentlichen Dienst, in der Kinderbetreuung, bei Volkshochschulen oder staatlichen Musikschulen) haben einen höheren Abschluss erzielen können, als mit der Schuldenbremse möglich wäre. Einzelne Re-kommunalisierungsprojekte wurden erfolgreich erkämpft. Breiter gesellschaftlicher Protest zwang den Senat die Kita- und Studiengebühren zurückzunehmen. Aus den Vorverhandlungen im Senat zur Haushaltsplanung 2014/15 wird daher verlautbart, dass die Hamburger SPD erwägen muss, die selbst auferlegte Schuldenbremse nicht einzuhalten. Diese gegen die Schuldenideologie erkämpften Erfolge machen uns Mut für die zukünftigen Auseinandersetzungen!

***"Bildet euch,
denn wir brauchen all eure Klugheit.
Bewegt euch,
denn wir brauchen eure ganze Begeisterung.
Organisiert euch,
denn wir brauchen eure ganze Kraft."
(Antonio Gramsci)***

Wir wollen mit allen Interessierten und Aktiven diskutieren:

- Welche Ursachen und Zusammenhänge liegen der Politik mit dem Rotstift zugrunde?
- Welche Folgen hat sie und kann sie noch haben?
- Welche Vielfalt an lebendiger, solidarischer und qualitativ hochwertiger Arbeit ist in den unterschiedlichen Bereichen trotzdem vorhanden oder möglich?
- Wie erweitern wir die Solidarität zwischen allen Bereichen, um die Politik mit dem Rotstift zu überwinden?

Das Hamburger Bündnis gegen Rotstift, ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, öffentlichen und sozialen Einrichtungen und Studierenden, lädt deshalb ein zur Konferenz.

UnterstützerInnen und Veranstalter:



Einladung zur Konferenz



Gemeinsam: Für eine bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialpolitik!

*10. April 2014,
14-19 Uhr
Curio-Haus Hamburg,
Rothenbaumchaussee 15*

Konferenz des Bündnisses gegen Rotstift: Gemeinsam: Für eine bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialpolitik



Gemeinsam: Für eine bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialpolitik!

am 10. April 2014
von 14-20 Uhr
Curio-Haus Hamburg,
Rothenbaumchaussee 15

- 14:00 Uhr Beginn, Begrüßung und Organisatorisches
Moderation: Sieglinde Frieß, ver.di Fachbereichsleiterin und Fredrik Dehnerdt, Stellv. Vorsitzender der GEW
- Grundsatzreferat zu Wirtschafts- und Haushaltspolitik
Prof. Heinz Bontrup
- 14:30 Uhr Reichtum und Armut in Hamburg
Referate: Petra Lafferentz, Vorstand der BAG-Arbeit; Joachim Speicher, GF des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg; Jens Stappenbeck, GF der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Hamburg
- 15:30 Uhr Interviews im Saal zur Konkretisierung
- 16:00 Uhr Pause und evtl. Pressekonferenz, Kultur
- 16:30 Uhr Workshops
- 18:00 Uhr Diskussion einer Erklärung
- 19:00 Uhr Ende



Workshops:

Wohnungspolitik in Hamburg

Dr. Tobias Behrens, GF STATTAU GmbH (Input), Michael Edele, Stellvertr. Caritasdirektor und Vorsitzender des Fachausschusses Armut und Wohnungslosenhilfe AGFW (Moderation)

Einsparungen in der Suchthilfe

Stephan Nagel, Diakonisches Werk Hamburg, Referat Wohnungslosen-, Suchtkrankenhilfe und Armut

Bildungspolitik des Senats (Inklusion und Ganztag unter Spardiktat)

Anja Bensinger-Stolze, 1. Vorsitzende der GEW

Tarifpolitik und Schuldenbremse

Sieglinde Frieß, ver.di-Fachbereichsleiterin Bund/Länder und Gemeinden

Auswirkungen der Sparpolitik in den Bezirken

*Thomas Auth-Wittke
Vorsitzender ARGE/PR Bezirksämter*

Wir möchten ein Hamburg zeigen, das nicht auf den privaten Profit einiger Weniger ausgerichtet ist, sondern die kulturellen Bedürfnisse und die sozialen Interessen der Bevölkerung ins Zentrum stellt.

Dazu sind alle herzlich eingeladen.

Eine Politik, die sich an den Interessen der Menschen orientiert, ist notwendig! Das müssen wir gemeinsam in die Hand nehmen!

Hamburg ist eine reiche Stadt in einem reichen Kontinent. Auch in den letzten Jahrzehnten ist die Produktivität und Kreativität der Gesellschaft enorm gewachsen. Doch anstatt diese Möglichkeit für das Allgemeinwohl Aller zu nutzen, ist von allen Bundesregierungen sowie vom jeweiligen Hamburger Senat eine Politik der Umverteilung von Unten nach Oben verfolgt worden. Damit wurden die Interessen der gewinngrößten Unternehmen und Banken bedient.

Ein umfassende soziale sowie ökonomische Krise war und ist die Folge.



Weil diese mit strenger Fiskalpolitik (Rotstift!) in EU, Bund und Ländern verschärft und verschleppt wird, steigt der private Reichtum weiter. Gleichzeitig wächst die öffentliche und die Armut ausgegrenzter, nicht „profitabler“ Bevölkerungsgruppen weiter (Betroffene von Burn-Out, Langzeiterwerbslose, Süchtige, Wohnungslose, behinderte Menschen, Alleinerziehende, Flüchtlinge, alte Menschen, Kinder etc.).

Dazu beigetragen hat unter anderem die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 42% genauso wie die Halbierung der Unternehmenssteuersätze zwischen 1997 und 2009. Letztere würden in alter Höhe heutzutage allein 80 Mrd Euro pro Jahr mehr in die öffentlichen Kassen spülen. Beides wird durch die große Koalition in Berlin und den Senat in Hamburg gegen die Kritik durch eine wachsende soziale Bewegung verteidigt.

Es wird von Steuererhöhungen für Spitzenverdiener zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Kassen abgesehen, die drastischen Kürzungen der Förderung von Arbeitslosen soll nicht zurückgenommen werden, ManagerInnengehälter werden nicht begrenzt ... bei angezogener „Schuldenbremse“ ist dies eine Fortsetzung der Politik der vergangenen Jahre.